

## Neuigkeiten aus der Verwaltung.

### Im ober-schlesischen Nothstandsgebiete

sind die Vorarbeiten zur Bildung von 4 neuen Gutsbewässerungs-Genossenschaften eingeleitet und mit den Culturtechnikern Verträge wegen Anfertigung der Projecte geschlossen worden. 2 Genossenschaften sind durch Allerhöchst genehmigte Statuten begründet worden und es wird mit der Ausführung der betreffenden Meliorationen noch in diesem Herbst begonnen werden. Für 6 weitere Genossenschaften sind die commissarischen Verhandlungen dem Minister für Landwirthschaft, Domainen und Forsten zur Erwirkung der Allerhöchsten Genehmigung der Statuten unterbreitet worden, während dies in 2 anderen Fällen binnen Kurzem erfolgen wird. Unter die neu gebildeten Genossenschaften fällt auch die Genossenschaft zur Melioration der Kalscheich-Niederung, einem seit Jahrzehnten geplanten Unternehmen, dessen Verwirklichung bisher an der Aufbringung der Kosten gescheitert und erst in Folge der Zuwendung der Vortheile des Gesetzes vom 23. Februar 1881 an die bei der Melioration betheiligten leistungsunfähigen Besitzer möglich geworden ist. Die Bildung dieser Genossenschaft hat die Zustimmung einer weit überwiegenden Mehrheit der Betheiligten gefunden. Die Ent- und Bewässerung erstreckt sich auf eine zwischen den Ortschaften Goslawitz, Kempa, Zowade und Chronstau im Kreise Oppeln belegene Niederung von 378 ha. In einem Falle haben die Verhandlungen ergeben, daß die Durchführbarkeit des Projectes in seinem bisherigen Umfange keine Aussicht auf Verwirklichung hat und ist auf Antrag der Zustimmenden die Bildung einer Genossenschaft unter zweckmäßiger Einschränkung des Projectes, beziehungsweise unter Ausdehnung desselben auf eine dem Prinzen zu Hohenlohe auf Roschentin gehörige Fläche von etwa 48 ha. ins Auge gefaßt worden. Für zwei weitere Bezirke steht die Genossenschaftsbildung unmittelbar bevor, während in fünf Feldmarken die genossenschaftlichen Meliorationen beendet sind und deren Abnahme in Kürze bewirkt werden wird.

### Der Reichskanzler Fürst Bismarck

ist am Montag Abend in Berlin eingetroffen und am Dienstag vom Kaiser in Potsdam kurz vor dessen Abreise nach Detmold empfangen worden. Wie es heißt, beabsichtigt der Kanzler sich schon Dienstag Abend wieder nach Friedrichsruhe zurückzugeben.

### Minister Herrfurth

ist nunmehr an Stelle des ausgeschiedenen Staatsministers v. Puttkamer auch zum Bevollmächtigten zum Bundesrath ernannt worden. Der Minister war zur Besichtigung des Ueberschwemmungsgebietes am Sonnabend im Posenischen, kehrte aber noch an demselben Tage des Abends nach Berlin zurück.

### Der Bundesrath

wird am Mittwoch eine Plenarsitzung abhalten, um über die Anträge Preußens und Hamburgs, wegen Verlängerung des sog. kleinen Belagerungs-zustandes, zu berathen.

### Eine Reorganisation unserer Feld-Artillerie

steht dem Vernehmen nach zum neuen Staatsjahre bevor. Als Grundzüge derselben werden bekannt: Das Eingehen der General-Inspection der Feldartillerie sowie der Feld-Artillerie-Inspectionen, ferner eines Theiles der reitenden Artillerie. Letztere bleibt in dem Umfange bestehen, in welchem sie in Zukunft bei den Cavallerie-Divisionen zur Verwendung gelangt. Die Artillerie-Regimenter werden wie alle anderen Truppentheile den Generalcommandos unterstellt, denen die obere Ueberwachung der technischen und tactischen Ausbildung, sowie die persönlichen Angelegenheiten übertragen werden. In Folge dessen tritt zu jedem Generalcommando ein Stabsoffizier der Feldartillerie. Die Brigadecommandeure bleiben bestehen und nehmen im weiteren Vorrücken an der Besetzung der Stellen der Divisionscommandeure und commandirenden Generale der Armeecorps Theil. Die bisherige Brigade- und Regiments-Eintheilung bleibt im Großen und Ganzen bestehen, doch soll jedes Regiment fortan drei Abtheilungen zu je drei Batterien haben. Welche Formationen aus den dann noch vorhandenen Batterien, sowie an Stelle der eingehenden reitenden Batterien geschaffen werden sollen, die etwa zu erhöhende Friedensstärke der Batterien, ferner die Gestaltung einer Centralinstanz für den technischen Betrieb der Artillerie u. s. w. sind noch Gegenstand der Erwägung. Da diese Reorganisation nicht ohne Einwirkung auf den betreffenden Theil des Budgets ist, so wird sie voraussichtlich erst in dem neuen Militair-Gesetz zum Ausdruck gelangen und mit demselben in Kraft treten.

### Eine Reorganisation der oberen Marinebehörden,

der Admiralität sowie der Commandobehörden der Nordsee und der Ostsee, ist Gegenstand der Berathung einer durch Allerhöchste Ordre eingesetzten Commission. Eine Kabinettsordre vom 6. d. Mts. bestimmt,

daß zu jedem Marine-Station-Commando an Stelle des bisherigen ersten Adjutanten ein Kapitän zur See als Chef des Stabes „mit den allgemeinen Befugnissen eines Chefs des Stabes eines General-commando's“ tritt. Der bisherige zweite und dritte Adjutant werden erster und zweiter Adjutant.

### Das Schulgeschwader

hat Befehl, seine Weiterreise bereits am 1. October anzutreten. Zum Befehlshaber desselben ist Contre-Admiral Hollmann ernannt, welcher augenblicklich noch an den Berathungen der Marine-Reorganisations-Commission theilnimmt. Es wird vermuthet, daß das Geschwader zur Zeit der Anwesenheit des Kaisers in Neapel, bei der Besichtigung der italienischen Flotte, dort gleichfalls anwesend sein soll.

### Zur Kartellpolitik.

Das Zusammengehen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen ist auch für Berlin gesichert. Die konservative Gesamtvertretung hatte in diesem Sinne gewirkt; die Anstände, welche in Personalfragen zu finden waren, sind, nach dem Vernehmen des „D. Tzbl.“ nunmehr definitiv beseitigt.

### Das polnische Provinzial-Wahl-Comité

hat, wie aus Posen gemeldet wird, anlässlich der im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen und unter Berücksichtigung der neuen Kreis-Eintheilung ein neues Wahlreglement und eine Instruction für die Kreis-Wahl-Comités entworfen, welche demnächst den zu diesem Zwecke, sowie zur Feststellung der Wahl-Candidatenliste einzuberufenden Wählerversammlungen zur Begutachtung vorgelegt werden sollen. Die von der polnischen Fraction des Reichstages und des Abgeordnetenhauses an den hochseligen Kaiser Friedrich gerichtete Ergebenheits-Adresse, sowie die darauf ergangene Antwort des Staatsministeriums vom 31. Mai cr. haben die polnische Presse zu erregten Erörterungen veranlaßt. Den Abgeordneten war die Legitimation zur Einreichung der Adresse bestritten und ihnen dabei vorgeworfen, daß sie die nationale Frage nicht gebührend berücksichtigt hätten. Als Folge dieses Zeitungskriegs ward Seitens der polnischen Abgeordneten ein allgemeiner Rücktritt von ihrer parlamentarischen Thätigkeit in Aussicht genommen; seither scheint indeß dieser Beschluß wieder aufgegeben zu sein, da in den bisherigen Wahlverhandlungen die alten Abgeordneten wieder als Candidaten für die Wahlen aufgestellt sind.

### Das Kaiser-Denkmal für Schleswig-Holstein.

Das schleswig-holsteinische Provinzial-Denkmal-Comité hat einstimmig die Errichtung eines Denkmals für weiland Kaiser Wilhelm I. in Kiel beschlossen.

### Zur Lage der Handweber.

Der Geschäftsbetrieb der linksrheinischen Sammet- und Blüschwebereien hat sich neuerdings wieder, wie uns vom Niederrhein geschrieben wird, etwas gebessert; ein lohnender Geschäftsbetrieb ist aber erst dann zu erwarten, wenn die Mode den Artikel wieder begünstigt. Zwar hat zur Zeit die Mehrzahl der Handweber wieder Beschäftigung gefunden, der Verdienst ist aber sehr gering. Die Seidenindustrie beschäftigt sämtliche beim Fache verbliebenen Arbeiter und zwar zu wesentlich besseren Löhnen, so daß von einem eigentlichen Nothstande hier nicht mehr die Rede sein kann. Die Wiederkehr eines solchen ist aber leider nicht ausgeschlossen. Waaren erster Qualität werden zwar voraussichtlich dem Handstuhl vorbehalten bleiben; im Uebrigen gewinnt aber der mechanische Stuhl täglich an Terrain und beschränkt die Handweber auf ein immer kleineres Arbeitsfeld. Die nächste ungünstige Konjunktur muß daher viele Handweber, welche jetzt auskömmliche mechanische Fabrikate auf Handstühlen herstellen, brodblos machen.

### Ueber die Arbeiterverhältnisse in Posen

wird von dort geschrieben:

Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Kinder hat abgenommen, dagegen ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren im Zunehmen begriffen, weil vielfach seitens der Unternehmer zu diesen Arbeitskräften an Stelle der erwachsenen männlichen Arbeiter hat gegriffen werden müssen, welche bei den großen Festungs- und Eisenbahnbauten in lohnenderer Arbeit beschäftigt werden. Die scharfe Handhabung der Gesetzgebung zum Schutze der jugendlichen gewerblichen Arbeiter hat zu vielfachen Bestrafungen geführt. Klagen aus Arbeiterkreisen über die Unzulänglichkeit der herrschenden Lohnsätze sind nicht laut geworden; es haben sich vielmehr in Folge der großen öffentlichen Bauten die Lohnsätze für Handarbeiter nicht unwesentlich gehoben. Die Interessen des Handwerks finden in zunehmendem Maße ihre Vertretung in den neuerdings zu vermehrter Wirksamkeit an-